

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Dez.III Team 2	S0306/12	15.11.2012
zum/zur		
F0188/12 der FDP Ratsfraktion		
Bezeichnung		
Konsensualer Abbau öffentlicher Münz- und Kartenautomaten durch die Deutsche Telekom AG		
Verteiler	Tag	
Der Oberbürgermeister	20.11.2012	

Zur Anfrage nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

1. Hat die Deutsche Telekom AG mit der Landeshauptstadt Magdeburg Kontakt aufgenommen und den Abbau „extrem unwirtschaftlicher“ öffentlicher Fernsprecher vorgeschlagen?

Die Telekom Deutschland GmbH hat sich an die Landeshauptstadt Magdeburg, Tiefbauamt gewandt und den Abbau "extrem unwirtschaftlicher" öffentlicher Fernsprecher vorgeschlagen. Dies entspricht der bisherigen Praxis des direkten Kontakts der Telekom mit dem Tiefbauamt.

2. Wenn ja,

- o welche Vorschläge wurden seitens der Deutschen Telekom unterbereitet?
- o welchen Vorschlägen hat die Landeshauptstadt aus welchen Gründen zugestimmt, welche hat sie abgelehnt?

Die Telekom Deutschland GmbH hat den Rückbau von sehr unwirtschaftlichen Standorten öffentlicher Telefonstellen angezeigt. Als sehr unwirtschaftlich betrachtet die Telekom Umsätze von weniger als 20,00 €/Monat. Ferner hat die Telekom die Stadt über mehrere Vandalismus-schäden sowie den Diebstahl eines Endgerätes (Münzfernsprecher) unterrichtet, der die totale Zerstörung der Telefonzelle zur Folge hatte. Es entstanden Schäden der Telekom von über 5.000,00 €.

Des Weiteren hat die Überprüfung der Telekom ergeben, dass eine Wiederinbetriebnahme der zerstörten Standorte aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr sinnvoll ist. Um die Gefährdung der Bürger zu vermeiden, mussten diese Fernsprecheinrichtungen zurück gebaut werden.

In anderen Fällen wurden aus Sicht der Telekom bestehende Doppelstandorte auf Einzelstandorte zurückgebaut.

Das Tiefbauamt hat dem Rückbau der Fernsprecher in der Regel nicht widersprochen. Zum Teil wurde die Ausweisung von Alternativstandorten verlangt. Die angegebenen Begründungen der Telekom zum erforderlichen Rückbau der Fernsprecher sind aus der Sicht des Tiefbauamtes verständlich.

Rainer Nitsche
Beigeordneter